

SENEGAL

Ute Gierczynski-Bocandé

UNTERZEICHNEN: JA, HANDELN: JA, WENN...

Senegal beteiligt sich an einer Vielzahl internationaler Initiativen zum Schutz des Klimas, angefangenen vom Kyoto-Protokoll bis hin zur Baseler Konvention zur Kontrolle von grenzüberschreitenden gefährlichen Abfallprodukten. Die senegalesischen Medien berichten dabei zum Teil ausführlich über internationale und nationale Klimakonferenzen.

Die Notwendigkeit eines Umdenkens der Regierung und der Bevölkerung ist angesichts der extremen Umweltprobleme Senegals überall präsent, jedoch wird die Verantwortung vorwiegend auf die politischen Entscheidungsträger geschoben.

Die Berichterstattung über Umweltprobleme hat sich in Senegal in den letzten Jahren intensiviert. Hierzu haben sowohl verschiedene Klimakonferenzen als auch die Zuspitzung der ökologischen Probleme des Landes beigetragen. Der Klimawandel wird in der Öffentlichkeit als Resultat des Treibhauseffekts aufgenommen, der letztlich auf die Industrienationen zurückzuführen ist. Aber auch interne und afrikanische Faktoren werden zunehmend als Auslöser und Verstärker des Klimawandels erkannt und erklärt.

Wenn noch vor einigen Jahren die Verantwortung für den Klimawandel ausschließlich auf die Industriestaaten geschoben wurde, erscheinen in den senegalesischen Medien jetzt mehr detaillierte und gut recherchierte Artikel zu selbst erzeugten Problemen. Die Tagespresse beschränkt sich in diesem Zusammenhang vorwiegend auf die akuten Probleme. So stehen in den Sommermonaten, während der Regenzeit, regelmäßig die Überschwemmungen in den Feuchtzonen von Dakar und St. Louis auf den Titelseiten. Skrupellose Spekulanten und verfehlte Kontrolle von Bauland haben dazu geführt, dass Feuchtzonen nicht geschützt, sondern mit neuen Wohngebieten zugebaut wurden.

Ein in den Medien besonders im Zusammenhang mit Umweltverschmutzung hervorgehobenes Problem entstand durch den Tod von mehr als 20 Kleinkindern in Thiaroye. Dort wurde durch die illegale Verbrennung alter Autobatterien Blei gewonnen, die Folge waren Luftverschmutzungen, die für die Kinder wiederum tödliche Folgen hatten.

Andere Umweltprobleme, wie die fehlende oder unzureichende Müll- und Abwasserentsorgung, von

Pestiziden verseuchte Gemüseprodukte, der permanente Walddraubbau, das Verschwinden ganzer Küstenstreifen, das Fortschreiten der Wüste, die hoffnungslose Überfischung des Ozeans und die schwinderregende Verstädterung der Region Dakar, finden ebenfalls regelmäßig ihren Platz in der Presse.

Die senegalesische Bevölkerung ist für die Umweltthematik sensibilisiert, ergreift aber in der Regel nur selten Initiativen, um die Probleme an der Wurzel zu lösen. Auf der akademischen Ebene und im Bereich der NGO existieren hingegen viele fruchtbare Initiativen, um die Umweltproblematik anzugehen. Eine Fachzeitschrift, die sich ausschließlich der Darstellung von Lösungsansätzen der Umweltprobleme und des Klimawandels widmet, ist die von einem Umweltingenieur der Universität Dakar herausgegebene *Vie* („Leben“).

PRESSEREAKTIONEN AUF DIE BEHÖRDENPOLITIK IM UMWELTBEREICH

Die regierungsnahen Tageszeitung *Le Soleil* und die ebenfalls öffentlichen Radio- und Fernsehsender konzentrieren sich vor allem auf internationale Abkommen, Aktionspläne, Strategiepapiere sowie die zahlreichen Seminare und Konferenzen, die zur Umweltproblematik und zum Klimawandel organisiert werden.

Beispielsweise initiierte der senegalesische Staatschef Abdoulaye Wade die Idee der „Großen Grünen Mauer“, eines Waldgürtels, der vom Atlantik (Senegal) bis an den Nil gehen soll. Die Umsetzung hat in Senegal schon begonnen, es bleibt allerdings offen, ob die anderen Sahel-Anrainerstaaten mitziehen werden. Die interstaatliche Organisation zum Management des Senegalflusses (Senegal, Mauretanien, Mali, Guinea) soll zu einer vernünftigeren Wassernutzung und zu einem Ende der zunehmenden Verwüstung beitragen.

Unabhängige Medien betonen deutlich die Verantwortung der Regierung und der Behörden im Zusammenhang mit den nationalen Umweltproblemen. So schreiben die Tageszeitungen *SUD*, *Walf Fadji* oder die Wochenzeitschrift *La Gazette*, dass die Umweltzerstörung in vielen Fällen erst durch verantwortungsloses Verhalten von Staatsbeamten und Behördenvertretern möglich wird. Illegales Abholzen ganzer Wälder beispielsweise kann nur mit schweigender Zustimmung der Forstbeamten stattfinden.

Ebenso gravierend sind die Eingriffe der Regierung im Grund- und Bodenrecht. Wenn laut Verfassung das landwirtschaftlich bebaubare Land sowie die

Naturschutzgebiete immer noch Staatsland sind, so ist dennoch zu beobachten, dass ganze Ländereien an Privatleute übergeben werden. Beispielsweise erhielten die Khalifen der großen Bruderschaften in der Region Thies mehrere tausende Hektar Land in einem Naturschutzgebiet, dem zu diesem Zweck der Titel „geschützte Zone“ entzogen wurde.

In der Region Kedougou sind große Territorien an ausländische Investoren, u.a. Goldgesellschaften, übertragen worden. Gleichzeitig werden in der Region Kedougou sowie auch im Norden Senegals entlang des Senegalflusses riesige Territorien großen Agro-unternehmen zur Verfügung gestellt, die dort Pflanzen für Biotreibstoff anbauen. Dieses Projekt ist besonders umstritten. Dem Präsidenten wird dabei von den Medien Zynismus vorgeworfen, da er die wenigen wertvollen Ackerflächen anstatt zum Anbau von Lebensmittelgetreide zu nutzen der Erzeugung von Biotreibstoff opfere.

Auch die Küstenstreifen werden vermarktet, so gibt es in Dakar kaum noch freies Land am Meeresufer. Der Großteil des Littorals wurde an Hotelketten und Privatinvestoren verkauft, die den Küstenstreifen derart verändern, dass an anderen Orten die Küste abgetragen wird.

Die maritime Biodiversität wird zunehmend reduziert, wofür laut Medien die asiatischen und teils auch europäischen Fangflotten verantwortlich sind, die ihre genehmigten Fischzonen häufig verlassen und in den senegalesischen Küstengewässern fischen. Hierdurch wird nicht nur der Küstenfischerei die Lebensgrundlage entzogen, das Meer wird auch überfischt.

Die seit 1996 umgesetzte Dezentralisierung einiger Teile der Regierungsgewalt sollte ursprünglich helfen, den Umweltschutz effektiver umzusetzen, indem der Bevölkerung und den gewählten Vertretern vor Ort die eigenständige Möglichkeit zur Diskussion und Lösung örtlicher Umweltprobleme eingeräumt wurde. Allerdings ging mit dem Kompetenztransfer keine grundlegende Neuverteilung der Finanzierung einher, so dass den gewählten Vertretern vor Ort die Hände gebunden sind.

Dies führt dazu, dass lokale Vertreter der Behörden – laut den übereinstimmenden Medienberichten – sich nicht selten durch den Verkauf von Staatsland, durch die Vergabe von Jagd-, Fisch- und Abholzrechten oder gar das Recht, chemischen u.a. Müll in der Gemeinde zu lagern, einen eigenen Zugang zu Ressourcen schaffen. Solche Skandale kommen regelmäßig durch die Medien an die Öffentlichkeit, führen aber zu keiner nachhaltigen Lösung.

DIE ROLLE DEUTSCHLANDS UND EUROPAS ALS VORREITER INTERNATIONALER KLIMAPOLITIK

Die Rolle Deutschlands und Europas als Vorreiter der internationalen Klimapolitik wird in Senegal positiv wahrgenommen. Insbesondere Deutschland gilt als ein Land, in dem der Umweltschutz eine zentrale Rolle einnimmt. Deutsche Projekte zur nachhaltigen Energieversorgung, zum Küstenschutz und gegen Entwaldung (GIZ u.a.) werden als sinnvoll und effizient empfunden. Senegalesen, die dank verschiedener Besucherprogramme wie beispielsweise von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Deutschland waren, zeigen sich dabei beeindruckt vom deutschen Klimaschutz.

Die politische Rolle Deutschlands in der internationalen Klimadebatte wird hingegen von der senegalesischen Presse nur anlässlich besonderer Ereignisse hervorgehoben, beispielsweise bei der Einweihung eines Projektes zum Kampf gegen die Bodenversalzung der GIZ in der Region Fatick.

PRIORITÄT FÜR DIE THEMENFELDER ENTWICKLUNGS-, WIRTSCHAFTS- UND ENERGIEPOLITIK

Im Rahmen der internationalen Klimapolitik nehmen die Politikfelder Entwicklung, Wirtschaft und immer mehr auch Energie eine prioritäre Stellung ein. Senegal kann sich ohne einen effizienten Wirtschaftssektor nicht entwickeln und besonders Unternehmen benötigen ein Minimum an Energieversorgung, welche in Senegal nicht (mehr) gewährleistet ist. Folglich steht die Lösung der Energieengpässe ganz oben auf der Agenda der senegalesischen Medien und Regierung.

Senegal ist ein Energieimporteur, wobei sich mögliche Erdölressourcen unter dem Meer zwischen Senegal und Guinea-Bissau befinden. Diese Vorkommen können gegenwärtig jedoch nicht genutzt werden, da örtliche Konflikte (Casamance-Konflikt) an der Grenze zu Guinea-Bissau eine Förderung unmöglich machen.

Seit ca. zwei Jahren führt das Ansteigen der globalen Rohölpreise in Verbindung mit einer leichtfertigen Einfuhrpolitik dazu, dass die nationalen Energiereserven ausgeschöpft sind und Engpässe entstehen. Nicht selten sind Stromausfälle von mehreren Stunden, manchmal sogar Tagen, zu verzeichnen, die mit Wasserknappheit einhergehen können, da die Wasserpumpen mit Strom laufen. Die Kapazität der Elektrizitätswerke in den großen Städten, vor allem in Dakar, ist unzureichend, aber was besonders schockierend ist: die Regierung hat nicht genügend Ressourcen, um ausreichend Erdöl für die Raffinerien einzukaufen.



Extreme Wetterereignisse wie z.B. Dürren bedrohen die Artenvielfalt.

Teilweise liegen Öltanker vor Dakar und weigern sich, ihre kostbare Ladung zu löschen, weil die Rechnung noch nicht bezahlt worden ist.

Dieses Problem wirkt sich vor allem auf die Wirtschaft des Landes aus. Industrie, Handwerk und Handel sind auf Stromgeneratoren angewiesen.

Die Bevölkerung reagiert zunehmend ungeduldiger und ungehaltener auf die permanenten Stromausfälle. Gewaltsame Demonstrationen von Jugendlichen, aber auch anderen Bevölkerungsteilen in den Stadtvierteln, die am häufigsten von Stromausfällen heimgesucht

werden, sind keine Seltenheit. Symptomatisch ist die Tatsache, dass sich in einer der größten Vorstädte Dakars, Guediawaye, ein Komitee der Imame gebildet hat, die an der Spitze einer Bewegung der Bevölkerung für die Stromversorgung demonstrieren und der Regierung ein Ultimatum gestellt haben.

Die Regierung ist sich der Tatsache bewusst, dass die nächsten Wahlen an der Energiefrage gemessen werden. In diesem Zusammenhang hat Staatschef Abdoulaye Wade auch seinem Sohn Karim Wade – der schon ein „Super-Ministerium“ bekleidete (Internationale Zusammenarbeit, Lufttransporte, Infrastrukturen), das Energie-Ressort übertragen.

ERWARTUNGEN AN DIE KONFERENZ VON CANCÚN

Senegal hat sehr hohe Erwartungen an die Ergebnisse der Konferenz von Cancún. Der dort beschlossene „grüne Fonds“ soll beispielsweise genutzt werden, um die schon genannte „Große Grüne Mauer“ und weitere klimaschutzrelevante Initiativen zu finanzieren. Dessen ungeachtet existiert in Senegal weiterhin die schon von den Medien betonte Diskrepanz zwischen Erwartungen, Hoffnungen und realen Aktionen. Die intensive Auseinandersetzung aller relevanten Ministerien und auch der Presse mit der Cancún-Konferenz belegen jedoch, dass der politische Wille durchaus vorhanden ist und dass in Senegal Hoffnung auf nachhaltige Initiativen zum Erhalt der Umwelt und zum Klimaschutz besteht.

TANSANIA

Stefan Reith

Als eines der ärmsten Länder der Welt¹ ist Tansania vom Klimawandel stark betroffen. Zum einen sagen Experten für die gesamte ostafrikanische Region besonders gravierende Folgen des Klimawandels voraus, zum anderen verfügt Tansania aufgrund seines Entwicklungsrückstands kaum über Mittel, um geeignete Anpassungsmaßnahmen zu realisieren. Dem ostafrikanischen Land wird bis zum Jahr 2100 eine Temperaturerwärmung von zwei bis vier Grad vorhergesagt. Die Niederschlagsmenge soll im Landesinneren bis zu 20 Prozent abnehmen. Wichtige Wasserreservoirs wie der Tanganyika-, der Victoria- oder der

Manyrasee drohen auszutrocknen. Im Norden und Südosten des Landes wird dagegen eine Zunahme der Regenmenge von 25 bis 50 Prozent erwartet. Schon heute machen sich die Auswirkungen des Klimawandels deutlich bemerkbar. Zum einen nehmen regional Phasen extremer Dürre zu und Wasserlöcher trocken aus, zum anderen führen sintflutartige Regenfälle regelmäßig zu verheerenden Überflutungen und Überschwemmungen. Betroffen sind in der Regel die Ärmsten der Armen, die nicht über die Mittel und das Wissen verfügen, um entsprechende Vorkehrungen zu treffen.

AUSWIRKUNGEN DES KLIMAWANDELS

Besonders stark betroffen ist die Landwirtschaft. Anders als in europäischen Ländern zeichnet sich die nationale Volkswirtschaft in Tansania nach wie vor

1 | In dem *Human Development Index* der Vereinten Nationen (2010) belegte Tansania von 169 erfassten Ländern Platz 148.